

Kampagnen-Plattform für die Kommunalwahl 2011

In Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2011 werden wir die Kampagne „Kommunalwahl 2011“ ins Leben gerufen. Ziel der Kampagne wird es sein, jungsozialistische Forderungen in das Kommunalwahlprogramm der SPD Braunschweig zu bringen, welches voraussichtlich im Frühjahr des kommenden Jahres verabschiedet wird.

Hierzu soll es neben einer Kampagnen-Auftaktveranstaltung, bei dem erfahrene und junge MandatsträgerInnen in der Kommunalpolitik über ihre Arbeit in den Parlamenten und ihren Zuständigkeiten berichten sollen, weitere Diskussionsveranstaltungen und Aktionen zur Kommunalwahl geben.

Als politischer Richtungsverband möchten wir Jusos wieder ein kommunalpolitisches Profil entwickeln. Wir wollen uns mit den alltäglichen Herausforderungen vor Ort auseinandersetzen und die Kommunalpolitik nicht gänzlich den Älteren in unserer Partei überlassen. Entscheidungen, die heute getroffen werden, wirken für die nächsten Jahrzehnte - beeinflussen also unser Leben in unserer Stadt nachhaltig.

Kommunalpolitik

Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort, also die Politik, die wir unmittelbar wahrnehmen. Entscheidungen für die eigene Stadt zu treffen heißt, den eigenen Lebensraum aktiv zu gestalten. Um aber den eigenen Lebensraum gestalten zu können, müssen die Kommunen finanziell gut ausgestattet sein.

Staatsverständnis

Seit einigen Jahrzehnten wurde die Zahl der öffentlichen Güter und Dienstleistungen, die die öffentliche Hand allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt, massiv eingeschränkt. Die Neoliberalen sehen Staat und Markt als zwei sich ausschließende Gegensätze. Deshalb vertreten sie die „Ideologie des schlanken Staates“, die einen weitgehenden Rückzug des Staates beinhaltet. Im neoliberalen Gedankengut herrscht der Irrglaube, öffentliche Aufgaben können in einer Wettbewerbssituation effektiver organisiert werden. In diesem Zusammenhang wird der Verkauf von öffentlichem Eigentum als Mittel zur Sa-

nierung der Haushaltssituation betrachtet. Allerdings wird dadurch nur ein kurzfristiger Stroheffekt erzielt, da die öffentlichen Haushalte nur kurzfristig durch die Verkäufe Geld erzielen können, langfristig jedoch durch den Verkauf von öffentlichem Eigentum in ihrer politischen Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen Staat und Markt nicht als Gegensätze, sondern verstehen den Staat als Mittel der politischen Gestaltung, um nicht den freien Kräften des Marktes die Kontrolle zu überlassen, da diese soziale Ungleichheiten erweitern.

Wer eine fortschrittliche Politik will, muss sich mit Aufgaben und Rolle des Staates beschäftigen. Dabei ist für uns die Öffentliche Daseinsvorsorge, also ein gleichberechtigter, diskriminierungsfreier Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen unentbehrlich.

Einnahmeseite der Kommunen bricht ein

Die rückgängigen Steuereinnahmen belasten die Kommunen und tragen entscheidend zu einem Ausbluten der öffentlichen Hand bei. Die von schwarz-gelb beschlossenen Steuer-senkungen bedeuten alleine für die Kommunen bis 2013 Mindereinnahmen von 25 Millionen Euro. Bereits im Jahr 2009 gingen die Steuereinnahmen der Gemeinden um zehn Prozent zurück. Leidtragende dieser Entwicklung sind die Menschen, die in ihren Kommunen auf öffentliche Güter und Dienstleistungen angewiesen sind. Sie erleben, wie der öffentliche Personennahverkehr ausblutet, öffentliche Büchereien und Schwimmbäder geschlossen werden, öffentliche Gebäude nicht mehr renoviert werden können und die Gebühren erhöht werden. Außerdem wird den Kommunen die Möglichkeit genommen, dringend benötigte Investitionen zu betätigen, wodurch auch mittelständige Unternehmen weniger Aufträge erhalten.

Anstatt die Einnahmesituation der Kommunen zu verbessern und diese finanziell besser auszustatten, belasten Bund und Land seit Jahren die Kommunen finanziell immer mehr. Viele Kommunen sind überschuldet und können viele Aufgaben nicht mehr erledigen. Das geht an die Substanz der Kommunen: Büchereien, Schwimmbäder, Straßenbau, Volkshochschulen, Kindergärten, Schulneubau und Schulsanierung – den Kommunen fehlt Geld an allen Ecken und Enden.

Besonders durch die Hartz-Gesetzgebungen seit 2003 werden die Kommunen stark mit der Aufwendung für Sozialgelder sowie ALG-II belastet, ohne dass eine entsprechende Entlastung an anderer Stelle vollzogen wurde. Unter SPD-Regierung wurde die Gewerbesteuer, die die Haupteinnahmequelle der Kommunen darstellt, von 45% auf 15% gesenkt.

Mit Schwarz-Geld kommt die nächste Belastungswelle auf die Kommunen zu: so plant die konservativ-liberale Bundesregierung die Streichung der Gewerbesteuer, die ausschließlich den Kommunen zugute kommt sowie die Erhebung von einer Mehrwertsteuer für kommunale Betriebe, die für Leistungen wie Abwasser- und Abfallbeseitigung zuständig sind. Diese mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschlossene Veränderung der Besteuerung werden alle über eine Erhöhung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen kommunaler Betriebe bezahlen müssen.

Weiter hat die Niedersächsische Landesregierung Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs vorgenommen. Diese müssen rückgängig gemacht werden.

Neoliberaler Reflex: Ausgabenseite kürzen

Viele Aufgaben der Kommune werden durch die Kommune direkt oder durch kommunale Betriebe durchgeführt. Sie sind das Rückgrad der kommunalen Daseinsvorsorge, denn sie übernehmen wichtige kommunale Aufgaben, die Privatbetriebe nicht übernehmen würden. Sie folgen oder sind gezwungen, dem neoliberalen Trend der Ausgabenkürzung zu folgen und kürzen Leistungen für eine Daseinsvorsorge, die eine Kommune lebenswert und einzigartig macht. Oder sie folgen dem anderen neoliberalen Konzept des „Privat geht vor Staat“ und verlieren durch Privatisierungen oder Veräußerungen so die demokratische Kontrolle über wichtige kommunalpolitische Aufgaben.

Beides geht auf die Substanz der Kommunen sowie auf die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Die Kommune kann nicht mehr gestalten und agieren, sondern kann nur noch auf aktuelle Entwicklungen reagieren.

Um den eigenen Lebensraum lebenswert zu halten oder lebenswerter zu machen, müssen sich die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Untrebezirk Braunschweig über folgende Punkte Gedanken machen:

- Wir müssen klären, welche öffentlichen Aufgaben und Leistungen eine Kommune sichern und erhalten muss

- Wir müssen klären, wie die Finanzausstattung der Kommunen zu sichern ist

Progressive Antwort: Einnahmesituation verbessern – Staat stärken!

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen Staat und Markt nicht als Gegensätze, sondern verstehen den Staat als Mittel der politischen Gestaltung, um nicht den freien Kräften des Marktes die Kontrolle zu überlassen, da diese soziale Ungleichheiten erweitern.

Wer eine fortschrittliche Politik will, muss sich mit Aufgaben und Rolle des Staates beschäftigen. Dabei ist für uns die Öffentliche Daseinsvorsorge, ein gleichberechtigter, diskriminierungsfreier Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen unentbehrlich.

Deshalb muss es Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik sein, die Einnahmeseite der Kommunen zu stabilisieren und zu verbreitern. Steuern und Abgaben haben in diesem Zusammenhang eine Schlüsselfunktion, da sie für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums stehen.

Gerade Besserverdienende werden weniger stark besteuert als Bezieherinnen und Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen. Für uns Jusos gilt, dass jede und jeder im Rahmen seiner und ihrer Möglichkeiten an der Finanzierung der öffentlichen Hand beteiligt werden muss. Da starke Schultern mehr als schwache Schultern tragen können, müssen sie auch konsequent steuerpolitisch zur Verantwortung gezogen werden – auch in der Kommune.

Unserer Meinung nach darf die Investitionsfähigkeit der Kommunen nicht beschnitten werden, um Ihre Handlungsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen. Dies bedeutet, dass die Kommunen fähig sein müssen, in Krisenzeiten konjunkturpolitische Maßnahmen durchführen zu können, wie die kommunalen Programme im Rahmen der Finanzkrise 2008.

Wir sprechen uns daher für eine antizyklische Wirtschaftspolitik als weiteres Element aus, um die politische Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand zu sichern. In wirtschaftlich erfolgreichen Zeiten müssen finanzielle Rücklagen gebildet werden, um Rücklagen für die Krisenzeiten zu haben, die in Form von Konjunkturprogrammen eingesetzt werden können.

Braunschweig - Konkrete Probleme:

- Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen Staat und Markt nicht als Gegensätze, sondern verstehen den Staat als Mittel der politischen Gestaltung, um nicht den freien Kräften des Marktes die Kontrolle zu überlassen, da diese soziale Ungleichheiten erweitern.
- Kommune muss klarstellen, was sie anbieten will. Die Kommune muss sich als zukunftsfähiger und lebenswerter Ort selbst definieren. Aus diesem Grund darf und muss die Kommune Entwicklungen auch steuern, um individuell kommunale Trends oder kommunale Wiedererkennungsmerkmale zu bilden.
- Durch Privatisierungen, Teilprivatisierungen und Ausgliederungen von kommunalen Dienstleistungen verliert die Stadt Braunschweig – und direkt der Rat – immer mehr an handlungspolitischen Kontroll-, Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Beispielsweise hat die Stadt Braunschweig durch die Privatisierungen der BS-Energy und der Stadtentwässerung BS keine direkten Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten mehr in diesen Unternehmen.
- Tragischerweise werden immer nur die profitablen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert, die bisher selbst die Einnahmesituation der öffentlichen Hand stabilisiert haben. Beispielsweise fehlt der Stadt Braunschweig durch die Privatisierung der gut aufgestellten „BS-Energy“ die Querfinanzierungsmöglichkeit für die defizitäre Braunschweiger Verkehrs-AG.
- Rat und Ausschüsse tagen nicht mehr so oft – oder müssen nicht mehr so oft tagen – da viele Zuständigkeiten durch (Teil-)Privatisierungen oder Ausgliederungen den politischen Akteuren entzogen wurden.
- Das Hoffmann'sche System der Kommune als Unternehmen ist nicht deckungsgleich mit sozialdemokratischem Staatsverständnis. Die Öffentliche Daseinsvorsorge ist ein Gut, das nicht kostendeckend anzubieten ist und deshalb niemals von Privaten angeboten werden kann. Die Öffentliche Daseinsvorsorge muss also in einer sozialen Marktwirtschaft die Dienstleistungen anbieten, die Private nicht anbieten, um allen Menschen gleichen Zugang zu allen Gütern sicherzustellen. Um diese sicherzustellen, ist auf der Einnahmeseite die Beteiligung aller durch Steuern und Abgaben sicherzustellen.
- Stiftungen oder Spenden von natürlichen oder juristischen Personen leisten zur Zeit in Braunschweig einen hohen Ausgleich an Leistungen, die die Kommune auf Grund ihrer finanziell desolaten Lage nicht mehr bewerkstelligen kann. Dennoch muss diese Praxis kritisch betrachtet werden, da Stiftungen und Spenden aktuell

akute oder in den Medien kurzfristig „hochgespielte“ Probleme nur punktuell und kurzfristig beheben können. Die Unterstützung von solchen Projekten ist immer nur auf Zeit, wie bei den aktuellen Beispielen der Schulbuchfonds, Schulspeisungsfonds und des Schulobstprojekts. Läuft die Unterstützung aus, so wird dann wieder von der Kommune allein erwartet, diese Aufgaben zu übernehmen.

Braunschweig – Konkrete Handlungsfelder:

Im Vorfeld der Kommunalwahl wollen wir uns konkret mit dem Thema öffentliche Daseinsvorsorge beschäftigen – in Kooperation mit dem Juso-Bezirk Braunschweig. Das Thema hat für uns zentrale Bedeutung, um ein sozialdemokratisches Gegenmodell zum Neoliberalismus zu entwickeln.

Zu Beginn soll sich mit der gegenwärtigen Situation der öffentlichen Hand auseinandergesetzt werden. Dabei wollen wir uns mit der Situation der Kommunen auseinandersetzen und fragen, welche Güter und Dienstleistungen sie zur Verfügung stellen sollen und welche Bedeutung diese für das alltägliche Leben der Menschen haben.

In der politischen Praxis wird häufig Public Private Partnership als scheinbares Wundermittel der Städte und Gemeinden in Finanznöten gesehen. Wir wollen uns kritisch mit dem Thema PPP auseinandersetzen, indem wir anhand ausgewählter Beispiele die Folgen dieses Konzeptes beleuchten.

Deutlich soll herausgestellt werden, dass die Jusos ein inhaltlicher Motor der SPD sind. Insbesondere sollen die Wünsche der Juso-SchülerInnengruppe zum Thema "Lernumfeld in Braunschweig" eingebracht werden.

Ein kritischer und konstruktiver Dialog mit den Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für den Rat der Stadt Braunschweig wird gesucht.

Auch muss entschieden werden, in wie weit und in wie fern Kandidatinnen und Kandidaten im Juso-Alter unterstützt werden.